



Leitartikel

von Reinhard Göweil

Europa muss aufpassen

Wer mit dem Auto von Wien nach Tallinn, in die Hauptstadt Estlands, fährt, kann dies ohne Reisepass tun. Das Schengen-Abkommen macht es möglich. Kommendes Jahr sollen die beiden jüngsten EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien auch dazu kommen. Deren laxer Umgang mit dem organisierten Verbrechen (und mit der dazugehörigen Korruption) befördert nun die Diskussion, die Grenzkontrollen in diese Länder über diesen Zeitpunkt hinaus aufrechtzuerhalten.

Wenn diese Warnung als politischer Druck zu verstehen ist, mag sie ihre Berechtigung haben. Die Befürchtung, dass es daneben auch weniger rechtsstaatlich motivierte Beweggründe gibt, ist aber nicht von der Hand zu weisen. Frankreich begann die Debatte, die Regierung in Paris schmeißt aber gerade Roma aus dem Land. Die meisten stammen aus Rumänien und Bulgarien. Nun mag es sein, dass Frankreich sich organisierter Banden entledigen will, aber die politische Aufbereitung der Sarkozy-Regierung stellte alle Roma in den Generalverdacht, Gauner zu sein. Mit der größten Minderheit Europas so umzugehen, ist nicht nur unangehörig, sondern ein Verstoß gegen Menschenrechte und die Ziele der EU.

Rumänien und Bulgarien nicht in die grenzenlose Schengen-Zone zu integrieren, könnte 2011 noch ein Problem kreieren: Im nächsten Mai fallen die geltenden Arbeitsmarkt-Beschränkungen für die osteuropäischen Länder. Es gibt auch in Rumänien und Bulgarien gut ausgebildete Menschen, die in ihren Ländern entweder wenig Job-Chancen haben oder sehr schlecht verdienen. Gerade sie würden die Lust verlieren, wenn sie bei (vermutlich häufigeren) Besuchen in der Heimat endlose Staus an der Grenze vorfinden.

Europa muss bei der Debatte um den Schengen-Beitritt der beiden – recht flott aufgenommenen – Länder aufpassen, nicht das eigene Fundament zu unterspülen. Personen- und Erwerbsfreiheit sind zentrale Pfeiler davon. Wenn es ausschließlich gegen unkontrollierte Korruption und Kriminalität geht, ist es gut. Wenn es aber niedere Gründe dafür gibt, führt sich die – zuletzt ohnehin schlingende EU – Stück für Stück ad absurdum.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/leitartikel

leitartikel@wienerzeitung.at

Späßchenkonto

Sparmaßnahmen

Wenn es darum geht, die Kunst des verdagobertduckens zu perfektionieren, ist vermutlich die Rede von Michael O'Leary. Der Ryanair-Chef, dessen Kreativität sich in Sachen Sparmaßnahmen vor allem als Win-Win-Situation für ihn selbst erweist, sorgt nach Überlegungen bezüglich der Einführung von WC-Gebühren und Stehplätzen über den Wolken erneut für Aufsehen. Es geht darum, die ihm zufolge unterforderten Co-Piloten künftig auch als Stewards zu beschäftigen. Sollen sie doch Snacks kredenzen!

Abgesehen von der Tatsache, dass sich mein letzter Pilot im Landeanflug auf Wien mit tropischen Früchten verköstigen ließ(!) – was würden wir uns alle ersparen, wenn HC Strache im Parlament Bohnensuppe servierte, anstatt heiße Luft zu verströmen? Was würden Sie sich ersparen, wenn ich gerade den Redaktionsboden kehrete? Was würde die Zeitung sich ersparen? Viel zu teuer, all diese Buchsta **Andreas Rauschal**

satire@wienerzeitung.at

Boberskis Limerick

Man hält sie nicht immer in Ehren,
die Menschen, die Schulkinder lehren.
Dabei sei uns klar:
Sie werden bald rar!
Wir können sie nicht ganz entbehren!

Das Wählerstimmen-Bäumchen



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

Gastkommentar

Ohne Lobby bist Du tot

Von Wolfgang Luask

Mittelstand und mittelständische Wirtschaft sind ein weißer Fleck in der Lobbying-Landschaft und können das Wort Solidarität nicht mehr hören. Bauern, Beamte, Studenten, ÖBBLer, Mindestlohneempfänger, Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Führungskräfte in staatstragenden Wirtschaftszweigen, Topmanager, sonstige Minderheitenangehörige – sie alle haben einen Rie-

risierung ausgerichteten Parteien- und Interessenvertretungslandschaft fehlt es ihnen an Profil, Auftritt und Lobby.

Auch in den Medien rührt sich wenig zu ihren Gunsten, denn da brauchen sie entweder ein romantisches Loser-Image – das eine verzichtbar, das andere schwer erreichbar. Wer brav viel arbeitet und Steuern zahlt, ist offener Opfer-Typus.

Moment! Warum sprechen dann alle Politiker ständig vom Mittelstand und seiner Entlastung und von ihrem Einsatz für die KMU? Sie wissen genau, dass sich fast alle Menschen – egal wie peripher sie wirklich stehen – in ihrer Sehnsucht nach Mitte, also nach Sicherheit und Geborgenheit, dem Mittelstand zugehörig fühlen: Banker, Arbeiter, Unternehmer, Beamter, Pensionist. Wenn's drauf ankommt, stützen Politiker mit dem Argument der Solidarität sozial Schwache (ok!), erhöhen Beamtengehälter und Pensionen (Klientell!), unterstützen in der Krise Banken, Industrien und ihre Arbeitsplätze (Lobby!), retten fahrlässig wirtschaftende Euro-Länder und die mit ihnen strauchelnden Finanziers (EU-Lobbying!), ahnden kaum Klimabelastung, Umweltzerstörung und Rohstoffausbeutung durch kartellartige Konzerne (Global-Player-Lobbying!).

Das Problem des Mittel-

stands ist, dass er keine überschaubare, kompakte und damit politisch gut verwertbare Gruppe darstellt, sondern eine große, diffuse, schwer abgrenzbare. Für ihn gibt es keine Solidarität. Im Gegenteil, durchwegs nachhaltig und sozial agierende KMU, Freiberufler und ihre Mitarbeiter müssen viel beitragen, während die wirklich Reichen ihre Schäfchen legal oder illegal ins Trockene bringen. Kein Wunder, dass der Mittelstand von Solidari-

„Der Mittelstand ist eine politisch nicht gut verwertbare Gruppe.“

tät, die immer nur von ihm für andere gefordert wird und sie selbst bis zum Zusammenbruch schwächt, nichts mehr hören kann.

Was tun? Der Mittelstand und die mittelständische Wirtschaft sollten zuerst einmal endlich erkennen, dass „ein bisschen Netzwerken“ zu wenig ist und sie sich zu professionellem Lobbying emanzipieren und ausbilden müssen. Auch Wirtschaftskammer und Parteien sind hier gefordert. Wenn einmal durch weitere Ausblutung des Mittelstands die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft den Bach runtergeht, haben wir alle nichts mehr. ■

Wolfgang Luask ist Unternehmensberater und Lobby-Coach.

gastkommentar@wienerzeitung.at

Obenstehender Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion decken.

Zitate zum Mittwoch

„Für eine faire Wahl sind die institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen nicht ausreichend.“
Thomas Ruttig, Wahlbeobachter in Afghanistan

„So geht man miteinander nicht um.“
Nationalratspräsidentin Barbara Prammer über die Streitkultur von NÖ-Landeshauptmann Erwin Pröll und Unterrichtsministerin Claudia Schmied

„In der Lehrer-Frage bin ich ganz eindeutig für die Bundeslösung.“
Dieselbe

„Dann soll man gleich sagen, wir hören auf mit den Verhandlungen.“
Ulrike Lunacek, grüne Europa-Abgeordnete, spricht von Pseudo-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

„Wir gelten als die Wachstums-Lokomotive in Europa. Offensichtlich setzt die Politik den richtigen Rahmen.“

Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble ist stolz auf die Wirtschaft in seinem Land

„Wir wollen uns nicht mehr dafür entschuldigen, nicht Apple oder Google zu sein.“
Nokia-Vorstand Niklas Savander sagt der Konkurrenz mit neuen Geräten den Kampf an

„Zwei Piloten waren in den Fünfzigerjahren notwendig, als es schwierig war, ein Flugzeug zu steuern. Heute drücken die Piloten einen Knopf und tun nichts mehr. Ich sehe nicht ein, warum der zweite Pilot nicht Getränke servieren oder Brötchen verkaufen soll.“
Ryanair-Chef Michael O'Leary sieht großes Sparpotenzial

„Ich begreife nicht, warum man für zwei Stunden Flug zwei Piloten braucht, die nur Zeitung lesen.“
Derselbe